

Klares Votum für Franz Thönnnes

Klares Votum für Staatssekretär Franz Thönnnes

SPD nominiert Thönnnes für die Bundestagswahl

Mehr als 95 Prozent für Thönnnes



Franz Thönnnes, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,
 der 29. November 2008 wird mir in guter Erinnerung bleiben. Die 95 Prozent Zustimmung der Delegierten zu meiner Kandidatur für die Bundestagswahl 2009 sind ein „starkes Pfund“. Ich bin mir bewusst, dass mit den 108 Ja-Stimmen von 113 gültigen Stimmen eine hohe Erwartung und auch eine große Verantwortung verbunden ist. Nochmals auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für diese großartige Unterstützung, die mich sehr gefreut hat und ebenso bewegt hat. Sie stärkt natürlich ebenso für die vor uns liegende Wahlkampfauseinandersetzung im kommenden Jahr. Da ist noch nichts entschieden. Wir können und müssen aber noch besser werden.

Die Folgen der Finanzkrise und der sich abzeichnende Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung sprechen eher für einen starken Staat als für die rein markt-orientierten Ansätze der

Liberalen und eines Großteils der Konservativen. Doch wir müssen auch deutlich machen, dass gerade hier mit Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Olaf Scholz mit den internationalen Entscheidungen, mit dem Blick auf die Finanzen und den Verbindlichkeiten gegenüber den Banken sowie der Orientierung auf Kurzarbeit und Weiterbildung statt Entlassungen sozialdemokratische Minister die Orientierung geben. Wichtig ist, dass nun alle Möglichkeiten der zügigen Investitionsvergabe genutzt werden, um zielgerichtete und nachhaltige Infrastrukturvorhaben auf den Weg zu bringen. Sowohl in den Kommunen, wie auch im Land. Der entschiedene zügige Weiterbau der A20 zwischen Geschendorf und Weede, ist mit seinem Volumen von gut 150 Mio. € ein gutes Beispiel.

Das neue Jahr wird uns mit den Wahlkämpfen für Europa und den Bund fordern. Und im Zusammenhang steht damit natürlich

auch bereits die Landtagswahl 2010 mit dem Ziel einer SPD geführten Landesregierung und einem Ministerpräsidenten Ralf Stegner. Das alles müssen wir zusammenhängend betrachten. Da ist es sehr gut, dass nun auch der Segeberger SPD-Kreisvorsitzende Andreas Beran Mitglied des Landtages in Kiel geworden ist. Glückwunsch! Und das gleich zweimal. Nämlich ebenso für die überzeugende Wiederwahl zum Kreisvorsitzenden. Beides stärkt uns im Kreis und wir sind gemeinsam mit Astrid Höfs nun wieder drei Parlamentarier.

Euch allen nun für die bevorstehenden Feiertage ein geruhsames Weihnachtsfest und alles Gute sowie Gesundheit für 2009. Ich freue mich auf ein Wiedersehen mit euch bei den verschiedensten Neujahrsempfängen, bei denen unsere Zuversicht und unsere Siegeswille auch deutlich zum Ausdruck kommen sollten.

Herzlichst Euer

IN DIESER AUSGABE

Kurz notiert

- 2. Kommunale Förderprogramme - Schutzschirm für Arbeitsplätze
- 2. Verlängerung des Kurzarbeitergeldes
- 2. Initiative Kommunaler Klimaschutz
- 2. Planspiel Kommunalpolitik der FES

Aus dem Wahlkreis

- 3. Mehr als 550 Jahre Sozialdemokratie
- 3. Horst Ansén neuer SPD-Bürgermeister in Ammersbek
- 3. Förderung der Wollspinnerei Blunck in Bad Segeberg

Aktuelles

- 4. 2008 über 1580 Bürger aus der Region bei Thönnnes in Berlin
- 4. Operation ATALANTA
- 5. Behindertenübereinkommen der Vereinten Nationen passiert Bundestag
- 5. Impressum

Bürgerbüro

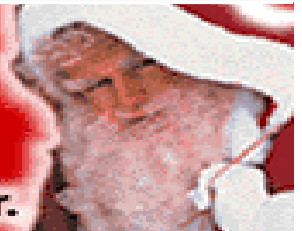
Oldesloer Straße 20
 23795 Bad Segeberg
 Tel.: 04551—968383
 Fax.: 04551—967338

Berliner Büro

Deutscher Bundestag
 Platz der Republik 1
 10557 Berlin
 Tel.: 030—227—71128

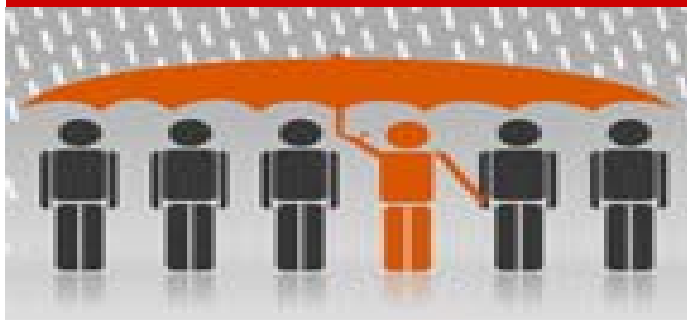
Sozial, gerecht und rot.
 Könnte glatt einer von uns sein.

Fröhliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr.



KURZ NOTIERT

Kommunale Förderprogramme Schutzschirm für Arbeitsplätze



Wie bereits im letzten TIB berichtet, hat das Bundeskabinett ein Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ als Schutzschirm für Arbeitsplätze beschlossen. Aus kommunaler Sicht ist aus dem gesamten Maßnahmenpaket die vorgesehene Aufstockung des CO₂-Gebäude-sanierungsprogrammes um 3 Mrd. Euro für die Jahre 2009 bis 2011 besonders relevant. Das beinhaltet auch die Ausweitung des seit diesem Jahr laufenden Investitionspaktes zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur energetischen Sanierung von Schulen, Kindergärten, Sportstätten und sonstiger sozialer Infrastruktur.

Darüber hinaus sollen die Mittel bei den Infrastrukturprogrammen der KfW für finanzschwache Kommunen ebenfalls um 3 Mrd. Euro aufgestockt werden.

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) appelliert an die Kommunen, so wie es auch das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in der letzten Woche getan hat, die Konjunktur durch kommunale Investitionen zu beleben und die hierfür aufgelegten zusätzlichen Mittel aus dem Maßnahmenpaket des Bundes zu nutzen. Dabei wird sich die Bundes-SGK weiter dafür einsetzen, dass gerade die Kommunen, die besondere finanzielle Schwierigkeiten haben, die Programme auch in Anspruch nehmen können und auf kommunale Eigenanteile ganz oder zumindest zeitweilig verzichtet werden kann. Mehr Informationen zum Schutzschirm für Arbeitsplätze sind unter www.bundesfinanzministerium.de oder <http://www.spd.de/menu/1760747/> erhältlich.

Befristet auf ein Jahr wird die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher 12 Monaten auf 18 Monate verlängert. Die Phase der Kurzarbeit soll möglichst für die Weiterqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genutzt werden können. Vor dem Hintergrund einer sich abschwächenden Konjunktur handeln wir in der Großen Koalition entschlossen und zielstrebig. Wir tun alles, um Arbeitsplätze zu sichern, kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen und die Konjunktur zu stärken. Die Maßnahmen der Bundesregierung fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von rd. 50 Mrd. Euro.

Verlängerung des Kurzarbeitergeldes

Beschäftigungssicherung mit
Weiterqualifizierung
verknüpfen

Initiative Kommunaler Klimaschutz des BMU

Es sind noch Mittel abrufbar

Seit Beginn des Jahres 2008 stehen dem Bundesumweltministerium (BMU) aus dem Verkauf von Emissionshandelszertifikaten bis zu 400 Mio. € für eine Klimaschutzinitiative zur Verfügung. Die Klimaschutzinitiative besteht aus einem nationalen Teil (280 Mio. €) und einem internationalen Teil (120 Mio. €). Ziel ist es, die vorhandenen großen Potenziale zur Treibhausgasreduzierung kostengünstig und in der Breite zu erschließen sowie innovative Modellprojekte voranzubringen. In diesem Rahmen sind noch Mittel für die Erstellung kommunaler Klimaschutzkonzepte (oder Teilkonzepte) abrufbar. Mehr Informationen sind bei der Servicestelle für kommunalen Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (DIfU) unter www.kommunaler-klimaschutz.de erhältlich.

„Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“. Alle wissen dies. Doch wie motiviert man Jugendliche für Politik, insbesondere die Kommunalpolitik? Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat 1998 das Planspiel Kommunalpolitik in Dresden entwickelt. Seitdem wurde das Projekt kontinuierlich weiterentwickelt und wird mittlerweile sehr erfolgreich in ganz Deutschland über die FES-Büros durchgeführt. Damit wird Jugendlichen Lust auf politische Beteiligung gemacht. Wer Interesse an diesem Planspiel hat, kann sich unter www.fes.de/jugend informieren oder bei Yvonne Lehmann (Yvonne.Lehmann@fes.de) bei der FES in Berlin Informationsmaterial zu dem Planspiel anfordern.

Planspiel Kommunalpolitik der FES

Mehr als 550 Jahre Sozialdemokratie



v.l.n.r.: Otto Bebensee, Erika Uhlenberg, Rita Thönnnes, Manfred Raeder, Horst Ansén, Peter Weiß, Franz Thönnnes und Michael Beckett

Über 6600 Monate Sozialdemokratie ehrten Franz Thönnnes und die jeweiligen Vorsitzenden auf den im Spätherbst stattgefundenen Jubilärveranstaltungen der SPD-Ortsvereine in Ammersbek, Kaltenkirchen, Sievershütten und Henstedt-Ulzburg. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität waren vor 145 Jahren und sind es auch heute noch unsere Grundwerte. Es ist immer wieder schön gemeinsam Rückblick zu halten und sehen, dass es sich in der und mit der SPD gelohnt hat für die Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Fortschritt, Wohl-

stand und Nachhaltigkeit zu streiten und sich vor Ort zu engagieren. Deshalb gingen auch dementsprechende Dankesworte an Otto Bebensee, Erika Uhlenberg, Manfred Raeder, Peter Weiß und Michael Beckett in Ammersbek. An Ludwig Wittorf, Axel Schmidt, Bernd Schädler und Gottfried Geist in Kaltenkirchen. Sowie Karl-Heinz Meetz und Jörg Reimer in Sievershütten und an Hartmut Korth, Hans-Jürgen Sass-Olker, Horst Ostwald, Herbert Dietze, Michael Danger, Uwe Krage, Günter Maack und Uwe von Barga in Henstedt-Ulzburg.

Horst Ansén neuer SPD-Bürgermeister in Ammersbek

Absolute Mehrheit im ersten Wahlgang



Am 30. November 2008 haben die Ammersbeker Horst Ansén zum neuen Bürgermeister der Gemeinde gewählt.

Bereits im ersten Wahlgang erzielte Horst Ansén mit 54,8 Prozent die absolute Mehrheit der Stimmen. Mit 44,5 Prozent hat sich die Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorangegangenen Wahl fast verdoppelt. Zu der Wahl in seiner Heimatgemeinde sagt der Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnnes: „Das ist ein überragendes Ergebnis und ich gratuliere Horst Ansén zu der erfolgreichen Wahl. Sie rundet das tolle Ammersbecker Ergebnis der Kommunalwahl 2008 ab, bei der die SPD vor Ort über 8 Prozent Stimmenzuwachs erkämpfen konnte“. Horst Ansén ist 43 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Bereits seit 2003 engagiert sich der Betriebswirt kommunalpolitisch in der SPD vor Ort.

Förderung der Wollspinnerei Blunk in Bad Segeberg

Thönnnes zu erneuter Förderung vom Bund:

„Unser Einsatz für einen mit 40 Mio. Euro dotierten „Bundesfördertopf“, der 2008 einmalig denkmalgeschützte Gebäude und Objekte von nationaler Bedeutung bei bauhaltenden Investitionsvorhaben mit bis zu 50 Prozent Bundesmitteln unterstützt, hat sich für Schleswig-Holstein wieder ausgezahlt. Insgesamt 470.000 Euro bewilligte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages heute für zwei Projekte in Schleswig-Holstein. Mit dabei ist in Bad Segeberg erneut die Wollspinnerei Blunk mit 170.000 Euro“, freut sich Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär. Die 1852 gegründete Spinnerei sei der einzig voll-ständige Betrieb seiner Art in Norddeutschland und erhielt bereits im September in der ersten Tranche der Vergabe im Haushaltsausschuss die Zusage über 80.000 Euro. Damit werde einmal mehr die Denkmalschutzarbeit in Schleswig-Holstein anerkannt, so Thönnnes weiter.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte im November 2007 für das Jahr 2008 einmalig einen Fördertopf mit 40 Millionen Euro ausgestattet. Dieser ist beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien im Kanzleramt (BKM) angesiedelt und wird in enger Kooperation mit den eigentlich für die Kulturförderung zuständigen Bundesländern – in Schleswig-Holstein ist dies der Landesdenkmalpfleger bzw. die Staatskanzlei – nach Prioritäten verausgabt. Einmalig können bis zu 50 Prozent Bundeszuschüsse für die Behebung eklatanter baulicher Mängel bei Baudenkmalen von nationaler Bedeutung ausschüttet werden – wenn die hälftige Kofinanzierung über die Träger (private Träger gehören nicht zur Zielgruppe!), Sponsoren, Stiftungen oder öffentliche Mittel von Land, Kreis und Kommune sicher gestellt

2008 über 1580 Bürger aus der Region bei Thönnnes in Berlin



v.l.n.r.: SPD-MdB Franz Thönnnes mit den Betriebsräten Rolf Krause (Grundfos), Heidemarie Wolff und Hans-Ulrich Toelch (GlaxoSmithKline) und Lothar Laternicht (Feige Abfülltechnik)

„Die magischen 1500 haben wir übersprungen“, so kommentierte Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär die Bilanz seiner Besucher aus den Kreisen Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg 2008 in Berlin. 1584 Gäste haben der Parlamentarier und sein Team in diesem Jahr in Berlin betreut.

Den größten Anteil stellten die vielen Klassen aller Schulformen, die das Reichstagsgebäude besuchten, an einer Infoveranstaltung oder Plenarsitzung im Deutschen Bundestag teilnahmen und danach mit Thönnnes

den Kreisen Segeberg und Stormarn zu einem dreitägigen Mix aus Politik und Kultur ein. „Besonders gefreut hat mich dabei, dass 50 Jugendliche aus den Kreisfeuerwehrverbänden Segeberg und Stormarn mit ihren Betreuern im Oktober meiner Einladung gefolgt sind“, so Thönnnes. Auch die von ihm angebotenen Berlinfahrten, die auf Selbstzahlerbasis in Kooperation mit dem Unternehmen „Dienstwerker“ durchgeführt werden, erfreuen sich großer Beliebtheit. „Berlin übers Wochenende für 165 € mit Bundestag und interessanten Pro-

gramm erfreut sich guter Nachfrage. Wir hatten gleich zwei dieser Fahrten in 2008“, so der SPD-Politiker.

Im April 2008 war Jana Preuß aus Norderstedt beim „Girls' Day“ dabei um die Arbeitsabläufe im Parlament näher kennen zu lernen. An den Betriebsrätekonferenzen der SPD-Bundestagsfraktion im Juni und Dezember 2008 nahmen 10 Betriebsräte aus der Region teil. Auch ein junger Gewerkschaftssekretär der IG-Metall begleitete Thönnnes eine Woche in Berlin. Schließlich war Waleria Nichelmann, eine junge Nachwuchsjournalistin aus Henstedt-Ulzburg im November beim Jugendmedienworkshop des Bundestages mit dabei. „Der gute Kontakt zu so vielen Menschen aus meinem Wahlkreis, die die Gelegenheit nutzen, meinen politischen Arbeitsplatz in Berlin kennenzulernen und mich zu befragen passt genau zu meinem politischen Motto „da sein – zuhören – handeln“. Die Zeit für diese Runden ist eine gute Investition in unsere Demokratie. Dass so viele junge Leute darunter sind, zeigt mir, dass entgegen manch anderer Meinung doch ein bestimmtes Interesse an Politik da ist“, bewertet Thönnnes den enormen Besucherzuspruch. Und: „Auch im kommenden Jahr hält die Nachfrage an. Bereits für das erste Halbjahr 2009 haben sich rund 1.300 Besucher in meinem Berliner Abgeordnetenbüro angemeldet“.

Operation ATALANTA

Am 19. Dezember 2008 hat der Deutsche Bundestag der von der Bundesregierung am 10. Dezember beschlossenen Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zugestimmt. Im Rahmen dessen können bis zu 1.400 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.

Ausgangslage dieses Einsatzes ist, dass die somalische Übergangsregierung gegenwärtig nicht in der Lage ist, die von somalischem Staatsgebiet ausgehende Piraterie wirksam zu bekämpfen. Vielmehr destabilisiert

die zunehmende Piraterie die staatlichen somalischen Institutionen weiter. Die Operation Atalanta soll die vor der Küste operierenden Piraten abschrecken und bekämpfen. Dabei wird zum einen die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die notleidende somalische Bevölkerung sichergestellt. Zum anderen soll der zivile Schiffsverkehr auf den dortigen Handelswegen gesichert, Geiselnahmen und Lösegelderpressungen unterbunden und das Völkerrecht durchgesetzt werden.

Generell dürfen Kriegsschiffe aller Staaten auf Hoher See ein Piratenschiff aufbringen, die Personen an Bord festnehmen und die dort befindlichen Vermögenswerte beschlagnah-

men. Diese Befugnisse gelten auch für bereits geenterte Schiffe. Die Rechtsgrundlage hierfür bilden sowohl Artikel 105 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (VN) von 1982 als auch das Völkergewohnheitsrecht. Mit seiner Resolution 1816 vom 2. Juni 2008 hat der Sicherheitsrat diese Befugnis auf die Küstengewässer von Somalia ausgedehnt. Allerdings begrenzt für Schiffe derjenigen Staaten, die mit der Übergangsregierung von Somalia bei der Bekämpfung der Piraterie zusammenarbeiten und von ihr entsprechend der Initiative des Generalsekretärs der VN beauftragt wurden. Für die EU-Operation als Ganzes ist das bereits erfolgt.

Behindertenübereinkommen der Vereinten Nationen passiert Bundesrat

Ratifikation wird zügig abgeschlossen

Der Bundesrat hat heute im zweiten Durchgang dem Vertragsgesetz für die Ratifikation des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zugestimmt. Dazu erklärt der **Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Franz Thönnnes, MdB:**

Nach der heute im zweiten Durchgang erfolgten Zustimmung des Bundesrates ist der Weg frei für das Inkrafttreten des Ratifikationsgesetzes zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zum 1. Januar 2009. Deutschland bleibt damit Schrittmacher auf dem Weg zur selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen.

Nach dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wird im nächsten Schritt die Ratifikationsurkunde erstellt und vom Bundespräsidenten unterzeichnet. Mit der Hinterlegung der Urkunde bei den Vereinten Nationen in New York schließt das Ratifikationsverfahren ab.

Das Übereinkommen ist das erste universelle Rechtsinstrument, das bestehende Menschenrechte aus

der Perspektive der Menschen mit Behinderungen und mit Blick auf ihre spezifischen Lebenslagen konkretisiert und rechtlich verankert.

Deutschland gehörte zu den Erstunterzeichnern des Übereinkommens und hatte bei den vorausgegangenen Verhandlungen entscheidende Akzente gesetzt. Wir setzen mit der zügigen Ratifikation die Politik für behinderte Menschen im Sinne der



Franz Thönnnes bei der Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention in New York

Einbindung, Ermutigung, Befähigung, selbstbestimmten Teilhabe und Gleichstellung mit bürgerrechtlichem Ansatz konsequent fort.

Sichtbares Zeichen dieser Politik ist unter anderem das Gesetz zur Unterstützten Beschäftigung. Es soll ebenfalls im Januar 2009 in Kraft treten. Mit der Unterstützten Beschäftigung wird ein ambulantes Angebot für behinderte Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf geschaffen, das vor Ort und in den Betrieben wirksam sein wird. Ziel ist die langfristige sozialversi-

cherungspflichtige Beschäftigung in Unternehmen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Unterstützte Beschäftigung ist damit Teil und Ausdruck der Umsetzung des VN-Übereinkommens.

Mit der Förderung, dem Schutz und der Überwachung der Durchführung des Übereinkommens hat die Bundesregierung das Deutsche Institut für Menschenrechte e.V. als unabhängige Stelle betraut. Parallel zum Inkrafttreten des Übereinkommens soll das Institut mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beginnen.

In Deutschland leben ca. 8,6 Millionen Menschen mit Behinderungen. Das sind 10,5 Prozent der Bevölkerung. Als schwerbehindert (Grad der Behinderung von wenigstens 50) gelten 6,8 Millionen Menschen (8 Prozent der Gesamtbevölkerung); davon sind 53 Prozent 65 Jahre alt oder älter. Dabei ist in 82 Prozent der Fälle eine Krankheit ursächlich für die Schwerstbehinderung, lediglich 4,4 Pro-

zent der schwerstbehinderten Menschen sind dies bereits von Geburt an. Weltweit gibt es nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation ca. 600 Millionen behinderte Menschen, was einem Anteil an der Weltbevölkerung von ca. 10 Prozent entspricht..

Mehr Informationen zum Übereinkommen zur Unterstützten Beschäftigung und zur Politik der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen finden sie unter www.bmas.de